

FDP für Strommarkt-Liberalisierung

Mit einer Standesinitiative wollen die Freisinnigen beim Bund Druck machen – Links-Grün sieht Forderung kritisch.

Fabian Hägler

Einst waren die Strompreise im Aargau im nationalen Vergleich niedrig, im kommenden Jahr werden hier unter allen Kantonen die zweithöchsten Tarife fällig. Ein typischer Aargauer Haushalt muss für 2024 im Schnitt einen Preissprung von fast 35 Prozent hinnehmen – im landesweiten Mittel sind es lediglich 18 Prozent. Schon Ende August forderte die SP in einer Mitteilung konkrete Massnahmen der Regierung, um die hohen Strompreise abzufedern. Eine Überlegung könnte sein, Gewinne der Stromproduzenten an die am meisten betroffenen Haushalte und Geschäfte zurückzugeben, sagte SP-Co-Präsident Stefan Dietrich.

Strommarktöffnung bringt laut FDP mehrere Vorteile

Die Freisinnigen schlagen eine andere Massnahme gegen die stark steigenden Strompreise vor. Am Dienstag hat die FDP-Fraktion im Grossen Rat den Antrag für eine Standesinitiative eingereicht, die eine vollständige Liberalisierung des Strommarktes verlangt. Wenn der Vorstoss im Parlament eine Mehrheit findet, müsste der Aargau die Bundesversammlung auffordern, «mit höchster Priorität» die rechtlichen Grundlagen für eine vollständige Marktöffnung zu schaffen. FDP-Fraktionschef Silvan Hilfiker zählte in einer Erklärung drei Gründe auf, die für eine Liberalisierung des Strommarktes sprechen.

— Auch kleine Verbraucher sollen ihren Stromlieferanten selber wählen können – heute ist dies erst ab einem jährlichen Bezug von 100 Megawattstunden möglich, was nur grössere Firmen erreichen. Die FDP fordert, dass auch Haushalte und Ge-



Strom kostet nächstes Jahr im Aargau – hier ein Unterwerk beim ehemaligen Swissgrid-Areal in Laufenburg – empfindlich mehr, im Schnitt fast 35 Prozent. Bild: Stefan Bohrer/Keystone

werbtreibende frei entscheiden können, von wem sie den Strom beziehen. Eine solche Marktöffnung würde es diesen aus Sicht der Freisinnigen erlauben, Zugang zu günstigeren Angeboten zu erhalten. Dies sei mit Blick auf die sehr unterschiedlichen Strompreise in den Aargauer Gemeinden nötig, finden die Freisinnigen.

— Liberalisierung ist Voraussetzung für ein Strommarkt-Abkommen mit der EU und erhöht die Versorgungssicherheit. Hilfiker wies darauf hin, dass die Schweiz im Winter Strom im-

portieren muss, um die Versorgung sicherzustellen. Ein ausreichender Import sei nur möglich, wenn die Schweiz mit einem Stromabkommen im europäischen Markt integriert sei. «Voraussetzung für ein Stromabkommen ist die vollständige Marktliberalisierung», sagte er.

— Marktliberalisierung würde Vorteile für hiesige Stromproduzenten bringen. Für den Aargau als Energiekanton und Heimat grosser Produktionsanlagen – mehrere Atom- und Wasserkraftwerke – sei eine Integration in den europäischen Strom-

markt wichtig, sagte Hilfiker. So könnten die hiesigen Unternehmen ihre produzierte Energie besser vermarkten und dadurch Vorteile für den Kanton als Eigentümer erzielen, argumentiert der Freisinnige.

Hilfiker bedauert, dass es bisher keine Fortschritte bei der vollständigen Strommarktliberalisierung in der Schweiz gegeben habe. Für ihn ist klar: «Angesichts der gestiegenen Strompreise und Preisunterschiede muss der Bund jetzt handeln.» Der Kanton Aargau solle mit der Standesinitiative in dieser Sache

Druck machen in Bundesbern, schloss der Freisinnige.

Ob der Vorstoss erfolgversprechend ist, scheint indes fraglich: Im nationalen Parlament wurde eine vollständige Strommarktöffnung bei der Beratung des sogenannten Mantelerlasses Energie im Frühling abgelehnt. Und auch im Grossen Rat dürfte die Forderung keineswegs unbestritten sein, wie eine Nachfrage der AZ bei zwei links-grünen Energiepolitikern zeigt.

Grüne und SP sehen eine Liberalisierung kritisch

Grünen-Grossrat Jonas Fricker sagt, für seine Partei habe die Energiewende erste Priorität. Primär brauche es dazu optimale Rahmenbedingungen für Investitionen in die Produktion von erneuerbarem Strom. «Für die Grünen kommt die volle Strommarktöffnung deshalb nur mit flankierenden Massnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energieträger in Frage», hält er fest. Nur so lasse sich der Umstieg auf 100 Prozent erneuerbaren Strom und der Ausstieg aus fossilen und nuklearen Energiequellen beschleunigen.

«Der Vorstoss gibt vor, dass Kleinverbraucherinnen und -verbraucher von einer Liberalisierung profitieren könnten», sagt Martin Brügger (SP), doch das werde garantiert nicht passieren. Eine Strommarktöffnung würde zur gleichen Situation führen wie bei den Krankenkassen. «Ausgedehnt würden die Marketing- und Werbebeiträge der Stromanbieter, die frühere Axpo-Super League lässt grüssen», sagt Brügger. Wer wenig Strom beziehe, werde von einer Liberalisierung nicht profitieren können, «weil der Markt zeitverzögert reagiert, irrational und unübersichtlich ist und sie sich kaum orientieren könnten», warnt Brügger.

Ratsnachrichten

Silvia Dell'Aquila tritt aus dem Grossen Rat zurück



Wechsel Silvia Dell'Aquila (SP) hat ihren Rücktritt aus dem Grossen Rat bekannt gegeben. Sie trat im Dezember 2019 ein. Sie möchte sich stärker auf ihr Amt als Aarauer Stadträtin und ihren Beruf konzentrieren, liess die 47-Jährige durch Grossratspräsident Lukas Pfisterer verkünden. Wer ihre Nachfolge in der SP-Fraktion antritt, ist noch nicht offiziell bekannt. (eva)

Neues Gebührengesetz ist beschlossen

Beschluss Der Grosse Rat hat gestern Dienstag in zweiter Lesung das revidierte Gebührengesetz einstimmig beschlossen, ebenso das dazugehörige Gebührendekret – und zwar inklusive einer Teuerungsklausel. Diese hatte im Rat zu Diskussionen geführt, ein entsprechender Antrag wurde angenommen. Mit Annahme des Gesetzes sinken die Gebühren beim Strassenverkehrsamt um knapp 12 Millionen Franken. (eva)

Brustkrebs-Vorsorge ist jetzt Kantonssache

Früherkennung Mit 91 zu 37 Stimmen hat der Grosse Rat einen Verpflichtungskredit über 12,4 Millionen Franken für ein Programm zur Früherkennung von Brustkrebs beschlossen. Die Vorlage geht auf einen Vorstoss aus dem Jahr 2016 zurück. Gegen die Finanzierung stellte sich einzig die SVP, die das Kosten-Nutzen-Verhältnis eines solchen Früherkennungsprogramms hinterfragte. (eva)

Höhere Tarife für Anwältinnen und Anwälte

Erhöhung Eine Änderung in der Schweizerischen Strafprozessordnung macht Anpassungen im Dekret über die Entschädigungen der Anwälte nötig. Der Grosse Rat hat das Dekret am Dienstag überwiesen. Entgegen dem Willen des Regierungsrats beschloss er, die Tarife für Anwälte zu erhöhen – das wurde 2011 zum letzten Mal gemacht. Diese Mehrkosten seien nicht budgetiert, warnte Regierungsrat Dieter Egli. Er unterlag mit 56 zu 76 Stimmen. (eva)

Gut drei Millionen für die papierlose Justiz

Digitalisierung Mit dem Projekt «Justitia 4.0.» wird der digitale Wandel in der Schweizer Justiz vorangetrieben. Für das entsprechende Vorprojekt auf Kantonsebene hat der Grosse Rat am Dienstag einstimmig, mit 124 zu 0, einen Verpflichtungskredit über 3,2 Millionen Franken beschlossen. Die Justizkommission befürwortete die Vorlage ebenfalls einstimmig. Die Zeit für die digitale Transformation in der Justiz sei gekommen, hiess es zum Beispiel von der GLP-Fraktion. (eva)

Angriff auf Egli: «Eines Parlamentes nicht würdig»

Colette Basler (SP) verurteilt die Aufsichtsanzeige von Désirée Stutz (SVP) gegen Regierungsrat Dieter Egli.

Fabian Hägler

Vor einer Woche übte SVP-Fraktionschefin Désirée Stutz scharfe Kritik an SP-Regierungsrat Dieter Egli. Der SP-Innendirektor soll laut Stutz in der Antwort auf einen Vorstoss falsche Aussagen über die Tätigkeit seiner Rechtsdienst-Leiterin gemacht haben. Zudem soll gegen die Chefjuristin ein Verfahren wegen Urkundenfälschung laufen, was Egli verschwiegen habe. Stutz belies es nicht bei der Kritik im Grossen Rat, sondern reichte auch eine Aufsichtsanzeige gegen den SP-Regierungsrat ein.

Das SP-Präsidium mit Grossrat Stefan Dietrich und Nora Langmoen reagierte empört auf die Vorwürfe gegen den Regierungsrat und verlangte bereits letzte Woche eine öffentliche Entschuldigung von Stutz. «Dieser massive Angriff auf die

gesamte Regierung ist ungeheuerlich und unangemessen», sagte Dietrich gegenüber der AZ. Am Dienstag legte die SP mit einer Erklärung im Grossen Rat nach, wobei Co-Fraktionschefin Colette Basler das Vorgehen der SVP scharf kritisierte.

Colette Basler: Vorgehen wird verurteilt

«Was wir letzte Woche in diesem Saal erlebt haben, lässt jeden Respekt und Anstand vor anderen Menschen und Institutionen vermissen, insbesondere den Respekt gegenüber dem Regierungsrat, der als Kollegialbehörde eine Interpellation beantwortet hat», sagte Basler. Die Kritik an einer Antwort mit einer Aufsichtsbeschwerde gegen einen einzelnen Regierungsrat zum Ausdruck zu bringen, widerspreche allen parlamentarischen Gepflogenheiten, hielt die SP-Grossrätin fest.



Colette Basler erwartet von der SVP eine Entschuldigung für die Aufsichtsanzeige gegen Regierungsrat Dieter Egli. Bild: Severin Bigler

Basler sagte weiter, die Anzeige gegen Egli stelle «in unserem Kanton ein beispielloses Vorgehen dar, welches unsere Fraktion sowohl bezüglich Inhalt als auch Form aufs schärf-

ste verurteilt». Solche Auftritte seien eines Parlamentes nicht würdig, es gebe andere Mittel und Wege, um Differenzen auszuräumen, wenn man mit der Antwort der Regierung auf einen Vorstoss nicht einverstanden sei.

«Affront gegen Regierungsrat»

Möglich sei dies im persönlichen Gespräch, im Rahmen von Kommissionssitzungen oder mit einem erneuten parlamentarischen Vorstoss. Colette Basler verwies auf die demokratischen Errungenschaften und Traditionen und hielt fest, sogar in der Bundesverfassung sei von Achtung und Rücksichtnahme die Rede. «Respekt und Anstand könnte man dem auch sagen», hielt sie fest und forderte, diesen Werten Sorge zu tragen.

Basler wiederholte zudem die Forderung des SP-Präsi-